

Der Heft vierteljährlich 2,50 M., bei  
premierer Auflage 2,75 M., durch  
den Post 3,25 M., ansehl. Zustellungs-  
gebühr. Bestellungen werden von allen  
Reichspostämtern angenommen.  
Alle Anzeigen nehmen wir  
im amtlichen Zeitungsdienst  
unter „Saale-Zeitung“ entgegen  
für unentgeltlich eingehende Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Redaktion nur mit Quittungsaufgabe:  
„Saale-Zig.“ gefast.

Verleger: Dr. Robert Dr. 1140:  
Verlagsstelle Nr. 176; Redaktionsstelle  
(Markt 24) Nr. 226.

# Saale-Zeitung.

Einundvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenzahl aber dem  
Raum mit 20 P., falls ein Satz mit  
20 P., bezogen und in der Spalten-  
zahl, von untern Annahmestellen  
und allen Annoncen-Expeditoren an-  
genommen. Reklamen die Seite 75 P.

Ercheint wöchentlich einmal;  
Sonntags und Montags einmal,  
sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Schäfts-  
stelle: Halle, Gr. Braunschweiger 17;  
Verlagsstellen: Markt 24.

Nr. 358.

Halle a. d. Saale, Freitag, den 2. August

1907.

## Die ländlichen Arbeiter.

Seit dem Erlaß der Reichsgewerbeordnung von 1869 ist  
das Koalitionsrecht anerkannt, während bis dahin in der  
Mehrzahl der deutschen Staaten Strafbestimmungen gegen  
alle Vereinbarungen zur Erlangung besserer Arbeits-  
bedingungen galten. Die Reichsgewerbeordnung würde die  
Koalitionsfreiheit nicht angeordnet haben, hätte der Gesetz-  
geber nicht die Überzeugung gehabt, damit etwas Gutes  
zu tun. Er hielt die Strafbestimmungen und Verbote, die  
bis dahin bestanden, für verfehlt; er hielt die Genöthigung  
der Freiheit für notwendig und trotz der Möglichkeit eines  
Mißbrauchs für nützlich.

Die Reichsgewerbeordnung hat aber vorerst die Koalitions-  
freiheit nicht für alle Deutschen eingeführt. Zu denjenigen  
Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, auf die sich die  
Koalitionsfreiheit nicht erstreckt, gehören insbesondere die  
ländlichen Arbeiter und die Dienstboten. Sind die Gründe,  
die der Gesetzgeber für die Einführung der Koalitions-  
freiheit gehabt, auch zu werden diese Gründe auch auf die  
nicht gewerblichen Arbeiter anwendbar sein. Die gewerbliche  
Koalitionsfreiheit besteht jetzt fast ausschließlich, und von  
seiner Seite ist der ersatzlose Versuch gemacht worden, sie  
wieder zu beseitigen. Gatten auch die Arbeitsverhältnisse,  
die bestanden, oft sehr able Folgen, so war man  
doch der Überzeugung, daß es besser ist, diese Uebel zu er-  
tragen, als das größere Uebel einer Wiedereinführung der  
Koalitionsverbote auf sich zu nehmen.

Nachdem das Reich sich grundtätig für die Koalitions-  
freiheit ausgesprochen, wäre eine Handlung echter Reichs-  
treue gewesen, wenn die Einzelstaaten diese Koalitions-  
freiheit dort eingeführt hätten, wo sie für die Einführung  
unfähig waren. Was für den gewerblichen Arbeiter recht  
ist, das ist für den ländlichen Arbeiter billig. Es wird sich  
kein Merkmal ausfindig machen lassen, an dem man den  
einen von dem anderen unterscheiden könnte. Gleichwohl ist  
in Preußen bis zu dieser Stunde die Koalitionsfreiheit für  
die ländlichen Arbeiter nicht eingeführt und in der Mehr-  
zahl der Einzelstaaten wird es nicht anders als in Preußen  
sehen.

Der Stand der ländlichen Arbeiter ist mit weniger Rechten  
ausgestattet als der Stand der gewerblichen Arbeiter. Es  
waltet aber kein Hindernis ob, daß jemand aus dem Stande  
der ländlichen Arbeiter in den der gewerblichen Arbeiter  
übertritt und sich auf diese Weise ein höheres Ausmaß von  
Rechten schafft. Die zunehmende Randstadt der Arbeiter  
läßt sich gewiß nicht vollständig, aber doch vielleicht zum  
Teil aus der Heutzutage erklären, unter der die länd-  
lichen Arbeiter leiden. Und da die Klage über den Arbeiter-  
mangel unter allen Klagen, die unsere Landwirte erheben,  
die am besten begründete ist, so hätten die Agrarier alle  
Ursache, diese Quelle der Randstadt zu verstopfen.

Statt dessen suchen sie in ihrer Weise mit kleinen Polizei-  
gesetzen zu helfen. In agrarischen Kreisen wird zur Zeit  
wieder eifrig verhandelt über einen Gesetzentwurf betreffend  
die Bestrafung wegen Annahme kontraktbrüchiger Arbeiter.  
Es wird den Sozialdemokraten ein leichtes sein, den Nach-  
weis zu führen, daß dieser Gesetzentwurf die Heutzutage  
hat, statt sie aufzuheben, befördert. Und mit diesem Nach-  
weis werden sich die Sozialdemokraten nicht allein an den  
Arbeiter, sondern an den kleinen Besitzern wenden können.

Die Agrarier sind auf den ungeliebten Gedanken gekommen,  
den Streit, den sie mit dem kontraktbrüchigen Arbeiter  
haben, auf dem Rücken des kleinen Besitzers auszufechten.

Dieser soll strafrechtlich haftbar gemacht werden, wenn er  
einen Arbeiter in Dienst stellt, ohne sich darum zu kümmern,  
ob dieser Mann, der ihm seine Dienste anbietet, allen Ver-  
pflichtungen nachgekommen ist, die er etwa gegen einen  
anderen Arbeiter hat.

Der Kontraktbruch selbst wird dadurch nicht vermieden;  
dieser wird fortbauern, solange seine Gründe fortbauern,  
niedriger Lohn, leblose Behandlung, elende Wohnungs-  
verhältnisse u. s. w. Der kleine Besitzer soll als Hülfsperson  
verpflichtet werden, um die Medizinansprüche eines anderen  
Besitzers beizutreiben. Wer die Sozialdemokratie bekämpfen  
will, muß ihr vor allen Dingen die Möglichkeit nehmen,  
gerechte Beschwerden vorzubringen, aber nicht ihr Stoff zu  
neuen Beschwerden liefern.

## Deutsches Reich.

### Der Dreihund.

Die Wiener „Zeit“ teilt uns anlässlich diplomatischer Quelle  
mit: Die Dreihundwächter haben in einem Nachtrag über  
ein Kommen freigelegt, daß im Jahre 1912 jeder der Mächte  
das Recht zuteilen soll. Einträge wegen a e l a n e r e r A b -  
änderung der in der Lieberstein-Konvention genau beschriebenen  
Punkte zu stellen, wofür man in einer diplomatischen Kon-  
ferenz beraten werden soll. Die Wächter solcher eventuell  
beschlossener Änderungen hätte aber ebenfalls erst nach dem  
Juni 1914 einzutreten. Allen drei Mächten steht das Recht zu,  
das Vertragsverhältnis ein Jahr vor Ablauf, d. h. bis zum  
Juni 1915, zu kündigen. Erstmal die Kündigung bis zu diesem  
Termin nicht, so läuft der Vertrag von 1914 automatisch auf  
jedes Jahr, d. h. bis 1920, weiter. — Eine Befestigung dieser  
Weinung bleibt abzuwarten.

### Sozial und liberal.

Unter dieser Überschrift schreibt das Organ der Hoch-  
und Mitteldeutschen Gewerkschaften in der Provinz Sachsen, der  
„Mitteldeutsche Kurier“, über das Verhältnis der Hoch-  
und Mitteldeutschen Gewerkschaften zu den sozialdemokratischen:

„Seitdem stehen sich die beiden berufenen Vertreter des kleinen  
Mannes gegenüber, und können zusammen nicht kommen.“  
Der Kampf des Sozialismus ist schlagend, da die eine  
getreteren Verhältnisse seine Voranschreitungen zeigen lassen.  
Er kann jedoch nicht wieder fort gemacht werden, da er vorher  
einen gründlichen Umbau erfordern muß. Die Zeit für den  
Liberalismus ist daher äußerst gering, wenn er sie aus-  
zunutzen versteht. Für die deutschen Gewerkschaften ist  
die Bahn klar vorgezeichnet. Sie werden auch in Zukunft gegen  
jeden Versuch, aus dem Wege zu räumen, von den sozial-  
demokratischen Gewerkschaften einfach begleitet gehalten zu  
werden, energisch Front machen. Der gemeinsame Weg der  
beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen ist der bestimmte  
Faktor, demgegenüber jede Glaubensformel zu schweigen hat.  
Diesen Kampf für eine liberale Auffassung in der heutigen  
Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, als  
Korporation. Sehr eifrig wird dieser Kampf jedoch dadurch,  
daß sich immer wieder einzelne Arbeiter irreführen lassen, und  
von der Zwangsjoch des Sozialismus zu ergehen, sich auf Gnade  
und Ungnade dem Unternehmertum in die Arme werfen. Hier ist eine  
große Aufgabe im Dienste des Fortschritts, im Dienste der Kultur  
zu lösen, um das wieder auf zu machen, was von anderer  
Seite zerstört worden, und die Lösung kann nach Lage der  
Sache nur das Werk der neutralen Gewerkschaft sein. Der  
Kampf ist schwer, aber er wird erleichtert durch das Bewußt-  
sein, an diesen verworrenen Zuständen schuldlos zu sein. Aber  
auch die andere Seite des Kampfes darf nicht vergessen  
werden. Man mag dem Liberalismus manche Sünde nach-  
weisen, aber der Versuch, die wirtschaftliche Freiheit beschränkt  
zu haben, wird man ihm gewiß nicht machen können, denn  
hier hat er seinen Namen noch ehrenvoll behauptet. So ist

unserer Stellung dem Liberalismus gegenüber eine weltlich  
andere. Stehen wir dem Sozialismus geschlossen gegenüber,  
um das höchste Gut des Kulturmenschen, die persönliche Frei-  
heit, zu erkämpfen, so schließen wir uns nicht dem liberalen  
Bereitschaften an, um den verlorenen geangenen  
sozialen Charakter zurückzugewinnen. In diesem Sinne wirken  
die deutschen Gewerkschaften als die Plankarte einer besseren  
Zukunft, und in diesem Sinne sind sie sozial und  
liberal.“

Die Ansetzung der sozialdemokratischen Arbeiter  
durch die Beiträge zu Gewerkschaften und Arbeiterkreisen von  
nationalen Vereinen auf 70 M., ist das berechnet worden,  
was eine Vertheuerung der Arbeiterkraft in Höhe von 11,60  
Kronen ausmachen würde. Dazu schreibt heute die „Zeit-  
ung“ weiter:

Der „Vorw.“ hat diese Rechnung mit großer Bereitwillig-  
keit als richtig anerkannt, das wir auf die Vermutung ge-  
ziehen, sie wäre wahrscheinlich noch zu niedrig. In der Zeit  
ist dabei vor allem ein Moment außer acht gelassen, das  
durchaus Berücksichtigung verdient, wenn man die Ausbeutung  
der sozialdemokratischen Arbeiter durch die Partei richtig ein-  
schätzen will. Dies ist der Umstand, daß die Parteimitglieder,  
in denen Sinnemassen die Gewerkschaften beizubringen  
haben, regelmäßig in der Partei rekrutiert werden,  
natürlich ausschließlich in die Reihen der sozialdemokratischen  
Bundisten. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß  
die Arbeiter sich nicht darauf beschränken, in der Partei Mitglie-  
der ihre Gewerkschafts- und Parteireisere abzugeben,  
sondern daß sie — wie wir gern glauben, zum großen Teil  
innern — sich „moralisch“ verpflichtet fühlen, ihr ihrem Publikum  
auch eine Hilfe zu machen. So teilt von dem Hoch- und  
Mitteldeutschen Gewerkschaften die Beihilfe von Reich und  
Land wenig übrig, und die Partei ist, wenn sie mit der Familie  
teilt davon will, gezwungen mitzutaxieren, und zwar  
wird sie unter den obwaltenden Umständen für die Partei  
ab zu verwenden. So ist es gerade die Sozialdemo-  
kratie selbst, die durch ihre hohen Ansprüche an den  
Beitrag der Arbeiter und durch den diesen aufgestellten Reue-  
jung der Demoralität immer neue Kräfte zuführt. Welche  
große Gefahr es dem Staat, wenn die Sozialisten bei  
anderer Gelegenheit in bester Weise gegen die Heimarbeit  
weiter, deren Vorbereitung sie doch teilweise selbst erit  
lassen, das liegt auf der Hand. Selbstverständlich wird der  
Beitrag der Arbeiter durch die eigentümliche Zahlungsmethode  
verhältnißmäßig gering sein, und die Partei wird in der Höhe ge-  
fordert. Diese Dingen müssen, wenn es zu den öffentlichen  
Wohlen — namentlich zu den Arbeiterbestimmungen —  
gibt, sämtlich auf Rechnung und mit allen Kräften für den  
sozialdemokratischen Kandidaten Propaganda machen. Sonst  
ist es ihnen leicht, das Maß der Beihilfe wird in die Kneipe  
eines reicheren Gewerkschaften verlegt. Das Ganze aber nennt  
sich sozialdemokratische Moral!

### Zur Fleischheinfuhr.

Im vorstehenden des Innern hat eine Vernehmung über stoff-  
liche Punkte, die bei der Durchführung des Schiedsverfahrens  
Fleischbeschauers sich ergab, der Einfuhr aus den Ausland  
ergeben haben, festgestellt, in der u. a. festgestellt wurde, daß  
die Einfuhr des Fleischgewebes der Nachbänder von Schweinen,  
das zwar gleichzeitig mit den Tierkörpern, aber nicht im natür-  
lichen Zusammenhang mit ihnen vorkommt, unzulässig ist,  
wenn die Einfuhr Fleisch in Freiheit nur im Zusammenhang mit  
dem ganzen Tierkörper gefastet ist, andererseits es nicht möglich  
ist, Fett durch Befüllung zu veranlassen, daß es die Eigentüm-  
lichkeit Fleisch im wesentlichen verlor hat. Ferner wurde  
mitgeteilt, daß bei der Einfuhr von Schweinehälften es  
genüge, wenn nur die Leber und die Zunge mit Stempeln be-  
zeichnet würden, nachdem das Fleischbeschauersamt ein Bedürfnis  
für Fernverkehr der nach den bisherigen Bestimmungen  
angewandten Stempelpflichtigkeit bei Fleischlingen nicht als vor-  
zuziehend erachtet hat.

## Heuilleton.

(Manuskript verboten.)

### Die moderne Geschichtswissenschaft.

Zur Tagung des Internationalen Kongresses für historische  
Wissenschaften zu Berlin, 6.-12. August.  
Von Dr. Hans Hoffmann.

In den wissenschaftlichen Kongressen hat das 19. Jahr-  
hundert ein neues Glied im Betriebe der Wissenschaft ge-  
schaffen; aber erst am Anfang des 19. Jahrhunderts sind  
in weiterer Entwicklung des Kongressgedankens die inter-  
nationalen wissenschaftlichen Kongresse entstanden. Auf ihre  
positive Leistung hat man im Ganzen vielleicht nicht allzuviel  
Gewicht zu legen; aber die persönliche Fühlung, in der hier  
die Wissenschaft und die Gelehrten der verschiedenen Länder  
einander treten, bildet ein Moment, das in mehrerer  
Hinsicht wichtig und bedeutsam wirkt. Die internationalen  
wissenschaftlichen Kongresse sind als die großartigste Kund-  
gebung der Solidarität der Weltwissenschaft anzusehen.  
Interesse erregen, wie der Kongress der historischen Wissen-  
schaften, der jetzt zum ersten Male in Berlin, der Stadt  
Ruhes und Ansehens, Drommens und Zeitlichts, zusamen-  
tritt; sind doch alle Völker, sind doch alle Gelehrten gerade  
an den historischen Wissenschaften besonders tief interessiert,  
und wenn jetzt die unvollständige Organisation dieser Wissen-  
schaften zusammentritt, so bietet sie erwünschte Gelegenheit,  
um in den Bereich der modernen Geschichtswissenschaft einen  
tieferen Einblick zu gewinnen.

Der modernen Geschichtswissenschaft, so sagen wir. Man  
darf schlechtin behaupten, daß im Ganzen und Großen die  
Geschichtswissenschaft überhaupt modern ist. Wie war ihre  
Lage doch noch vor beinauf hundert Jahren! Fast durch-

weg herrschte da das, was wir heut politische Geschichte  
nennen; vereinzelte Anfänge, wie z. B. die wirtschafts-  
geschichtlichen Untersuchungen Möllers, waren doch nur Aus-  
nahmen. Vor allem aber herrschte in der Geschichtswissen-  
schaft Methodenlosigkeit. Vergleichen wir jenen Zustand  
mit dem heutigen, so ist der Fortschritt unabweisbar. Eine  
ganze Reihe von neuen Wissenschaften hat sich auf diesem  
Felde gebildet; es sei da nur an die Kulturgeschichte im  
modernen Sinne, an die Wirtschaftsgeschichte, an die Kirchen-,  
an die Kunstgeschichte erinnert, die in früheren Jahrhunderten  
durchweg nur embryonal vorhanden waren. Die geschicht-  
lichen Hilfswissenschaften, wie z. B. die Urkundenlehre  
(Diplomatik), haben eine großartige Ausbildung erfahren.  
Vor allem aber hat sich die Geschichtswissenschaft im  
19. Jahrhundert eine feste und geistreiche Methode erworben.  
Die Festhaltung der geschichtlichen Methode bleibt eine  
der Größtaten des 19. Jahrhunderts, das man mit  
Unrecht als ein vorwiegend oder gar ausschließlich natur-  
wissenschaftliches zu bezeichnen liebt; und wir Deutschen  
können stolz darauf sein, daß es ein Deutscher, daß  
es Ranke war, der für immer die Grundlage der geschicht-  
lichen Methode sicherte. Das Wesen dieser Methode  
besteht beständig in der Quellenkritik, die Unter-  
scheidung zwischen „acta“ und „relata“, zwischen solchen  
Quellen, die selbst als Bestandteile der geschichtlichen Han-  
dlungen anzusehen sind, wie Urkunden, und solchen, die  
Berichte über die Begebenheiten enthalten, wie Geschichts-  
schreiber; ferner die Unterscheidung zwischen primären und  
abgeleiteten Quellen und endlich die Anwendung einer all-  
mählich überaus fein ausgebildeten philologischen und  
psychologischen Kritik auf die Quellen der Vergangenheit;  
alles dieses hat sich vereinigt, um die historische Methode zu  
einem der hervorragendsten Prüfungs- und Werkzeugen der modernen  
Geschichtswissenschaft zu machen.  
Wie die historische Methode ein Erzeugnis des deutschen  
Geistes ist, so ist sie auch vor allem in Deutschland die

anerkannte Grundlage der ganzen modernen Geschichts-  
wissenschaft geworden. Die eingetragene Disposition, die z. B.  
von Seiten Schöps und Littor Korrigiert, gegen gewisse  
Punkte der Ranke'schen Methode erhoben worden sind, und  
an der Tatsache nichts, daß ihre Hauptachsen allgemein an-  
genommen worden sind. Auf derselben Linie der geschicht-  
lichen Forschung steht auch Deutschland und die Mehrzahl der  
germanischen Staaten. Doch auch heute bestehen in der  
Geschichtswissenschaft noch nationale Unterschiede. So ist die  
englische Geschichtswissenschaft noch immer überhöht und ge-  
zeichnet durch den natürlichen politischen Sinn und das  
große politische Interesse des englischen Volkes. Geistes-  
haftsinniges Urteil, fräftiger nationaler Sinn, seine  
politische Charakteristik sind die Stärken der englischen  
Geschichtswissenschaft, während ihre wissenschaftliche Methode  
zumeist zu mindigen übrig läßt. Wiederum ist der große  
Vorzug der französischen Geschichtswissenschaft stets ihr  
künstlerischer Charakter gewesen und er ist es auch noch  
bis heute geblieben. Doch hat Monod, ein Wätschüler, den  
deutsche historische Methode in Frankreich eingeführt, und  
die französische Wissenschaft erzeugt zahlreiche Leistungen,  
die auch in methodologischer Hinsicht vortrefflich sind. Ich  
erinnere da nur an die Wirksamkeit der Ecole des  
Chartes.

Was wir also heute unter moderner Geschichtswissenschaft  
verstehen, das ist etwas von Grund aus anderes, als etwa  
das, was im Altertum so zu nennen wäre. Das Altertum  
kennt die Darstellung der Begebenheiten durch Zeugnissen  
oder es kennt geschichtliche Kompilationen. Wir untercheiden  
heute den Chronisten, den Memoirenschreiber sogar vom  
Geschichtsforscher. So alt daher die Geschichtswissenschaft  
schon ist, so jung darf man eigentlich die Geschichtswissen-  
schaft nennen; und es kann uns daher nicht überreden,  
daß sie im Laufe von hundert Jahren Eroberungen ge-  
macht hat, die sich an Umfang und Wert den viel-  
gerühmten Eroberungen der modernen Naturwissenschaft





